

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Jan Korte, Kersten Naumann, Wolfgang Neskovic, Diana Golze, Klaus Ernst, Elke Reinke, Jörn Wunderlich, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
- Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6406, 16/6416, 16/6423 -**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans  
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Der Bundestag wolle beschließen:

Ein Sofortprogramm zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einzurichten und

1. die Mittel im Einzelplan 17, Kapitel 1702, Titel 684 14 werden von 19 Mio. auf 38 Mio. Euro verdoppelt;
2. die Mittel im Einzelplan 17, Kapitel 1702, Titel 684 15 werden von 5 Mio. auf 8 Mio. Euro erhöht;
3. die Mittel im Einzelplan 06, Kapitel 0635, Titel 532 02 (Bundeszentrale für politische Bildung) werden um 2 Mio. € auf 21,223 Mio. € erhöht;
4. im Geschäftsbereich des BMI eine „Unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus“ einzurichten. Als Betrag und Anschubfinanzierung werden hierfür 5 Mio. € eingestellt.

Berlin, den 27. November 2007

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### **Begründung**

Der Fall des rassistischen Übergriffs von Müglern verdeutlichte, wie berechtigt die Kritik von Fachleuten, Praktikern und Opposition an der Ausformung der neuen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus ist: Die Anbindung dieser Programme an die kommunale Politik führt in vielen Fällen dazu, dass vorhandene Probleme mit dem Thema Rechtsextremismus nicht zur Kenntnis

**\*Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

genommen werden. (Der Bürgermeister von Mügeln mag in seinen öffentlichen Äußerungen ein besonders bizarres Beispiel der Problemverleugnung sein, völlig untypisch ist er sicher nicht) Hier ist eine Programmkorrektur insofern nötig, als dass zivilgesellschaftliche Träger der Arbeit gegen Rechtsextremismus stärker an verantwortlicher Stelle eingebunden werden müssen.

Die Monatlich von der LINKEN abgefragten Zahlen rechtsextremer Straf- und Gewalttaten sind eine Beleg dafür, dass Fälle wie in Mügeln keine Ausnahmeerscheinung sind, sondern zur alltäglichen Realität in Deutschland gehören. Die seit Jahren auf einem hohen Niveau verstetigten Zahlen führen zu einem Gewöhnungseffekt, der die Gefahr beinhaltet, dass die Aufmerksamkeit für das Thema Rechtsextremismus schwindet. Dies würde zu einer weiteren Stärkung der extremen Rechten führen, die schon heute in zahlreichen Regionen Deutschlands eine beängstigende Verankerung aufweist.

Um dieser realen und dokumentierbaren Gefahr durch die extreme Rechte wirkungsvoller zu begegnen, fordern wir ein Sofortprogramm der Bundesregierung, mit dem die Anstrengungen in diesem Bereich deutlich erhöht werden. Ein solches Sofortprogramm kann nur ein erster Schritt der Bundesregierung sein, dem eine konzeptionelle Offensive folgen muss. Ob eine Runder Tisch für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und/oder ein Bundesbeauftragter für Demokratie und Toleranz sinnvolle Instrumente sein können, muss geprüft werden. Die von uns vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen sind Schritte auf dem Weg zu einem umfassenden Konzept der Politik, zur Bekämpfung der extremen Rechten.

Begründung zu 1.:

Im Rahmen des Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurden 90 Lokale Aktionspläne bewilligt, wohingegen 149 Anträge hauptsächlich aufgrund fehlender Mittel abgelehnt werden mussten. Von 360 beantragten überregionalen Modellprojekten wurden 85 bewilligt, 34 stehen auf einer Warteliste und 241 wurden abgelehnt. Auch hier ist die hohe Ablehnungsquote zum großen Teil auf die eingeschränkten finanziellen Mittel zurückzuführen. Mit der Verdoppelung dieser Mittel können die vorhandenen Bedarfe wenigstens zu einem größeren Teil abgedeckt werden

Begründung zu 2.:

Während im Jahr 2006 die Mobilen Beratungen und Opferberatungen in den ostdeutschen Bundesländern plus Berlin mit Mitteln aus dem Civitas-Programm von ca. 2,378 Mio. Euro unterstützt wurden, sollen die im Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ bereitgestellten 5 Mio. Euro für den Erhalt und die Ausweitung der Strukturen in Ostdeutschland und den flächendeckenden Aufbau solcher Strukturen in Westdeutschland dienen. Faktisch würde dies auf ein Abschmelzen der Mittel für solche Projekte hinauslaufen, weshalb eine deutliche Erhöhung auf 8 Mio. Euro erforderlich ist.

Begründung zu 3.:

Die zusätzlichen Mittel sollen für den Aufgabenbereich der „geistig-politischen Auseinandersetzung mit Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und damit in Zusammenhang stehende Gewaltphänomene sowie zu Bekämpfung von Vorurteilen“ eingesetzt werden. Angesichts wachsender Demokratieverdrossenheit in Teilen der Bevölkerung, zunehmender Erfolge rechtsextremer Wahlparteien und einer bedrohlichen Entwicklung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hat die politische Bildung einen enormen Stellenwert. Der politischen und politisch-historischen Bildung kommt bei der Auseinandersetzung mit einer anwachsenden extremen Rechten besondere Bedeutung zu, die eine Ausweitung des Angebots erforderlich machen. Insbesondere die immer stärkere Verankerung der rechtsextremen Szene im jugendkulturellen Bereich erfordert zielgerichtete Gegenstrategien. Für Beschäftigte in der Jugendarbeit, im pädagogischen und erzieherischen Bereich müssen verstärkt Angebote zur Fortbildung gemacht werden.

Begründung zu 4.:

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine zentrale Stelle, die die verstreuten Erkenntnisse zur Entwicklung der extremen Rechten unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten zusammenfasst und einschätzt. Dies meint eine Gesamtbetrachtung jenseits der eingeschränkten Aufgaben des

Verfassungsschutzes. Im gemeinsamen Antrag „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS aus der 14. Wahlperiode (Drucksache 14/5456) wird die Einrichtung einer solchen Beobachtungsstelle analog zur Europäischen Beobachtungsstelle angeregt.

Aufgrund der besorgniserregenden Entwicklung der extremen Rechten aber auch eines weit verbreiteten Rassismus ist eine solche unabhängige Beobachtungsstelle, die dem Deutschen Bundestag regelmäßig Bericht erstattet, nötig und überfällig. Während der Sicherheitsdiskurs zum Thema islamistischer Terrorismus allgegenwärtig ist, werden die ganz realen und alltäglichen Bedrohungen für zahlreiche Menschen in diesem Land nur aus Anlass spektakulärer Übergriffe erwähnt. Von 1990 bis heute sind nach Recherchen unabhängiger Projekte und Journalisten über 130 Menschen von rechtsextremen Gewalttätern getötet worden. Diese alltägliche Gewalt unabhängig zu dokumentieren, ein realistisches Bild der Lage im Bereich Rechtsextremismus zu zeichnen und Vorschläge zur Prävention zu machen, sollen Aufgaben der Beobachtungsstelle sein.

elektronische Vorab-Fassung\*